



Vier Jahre nach Beginn der russischen Großinvasion in der Ukraine ist Ernüchterung eingeleitet. Am 24. Februar 2026, dem vierten Jahrestag des Angriffs, äußerte sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ungewöhnlich deutlich: Eine kurzfristige Friedenslösung sei derzeit nicht in Sicht. Es gebe „keinen Willen auf russischer Seite, zu einem raschen und tragfähigen Frieden zu gelangen“. Diese Aussage, gefallen im Rahmen eines Treffens der sogenannten „Koalition der Willigen“, markiert weniger eine politische Drehung als eine strategische Bestandsaufnahme.

Macrons Skepsis steht exemplarisch für eine wachsende Einsicht in westlichen Hauptstädten: Der Krieg hat sich von einer Phase dynamischer Frontverschiebungen zu einem zermürbenden Abnutzungskonflikt entwickelt – militärisch festgefahren, diplomatisch blockiert und politisch hochgradig aufgeladen. Die Hoffnung auf eine baldige Verhandlungslösung erscheint vor diesem Hintergrund zunehmend unrealistisch.

Vier Jahre Invasion – ein europäischer Epochenbruch

Seit dem 24. Februar 2022, als russische Truppen in mehreren Achsen in die Ukraine einmarschierten, hat sich der Krieg zum größten konventionellen Konflikt auf europäischem Boden seit 1945 entwickelt. Millionen Menschen wurden vertrieben, Hunderttausende getötet oder verwundet, ganze Regionen zerstört. Die ukrainische Armee konnte – unterstützt durch westliche Waffenlieferungen, Geheimdienstkooperation und Finanzhilfen – zunächst Teile ihres Territoriums zurückerobern. Doch eine strategische Entscheidung ist bislang ausgeblieben.

Die militärische Lage ist von relativer Stabilität entlang stark gefestigter Frontlinien geprägt. Russische Streitkräfte halten weiterhin besetzte Gebiete im Osten und Süden der Ukraine. Kiew betont seine Resilienz und verweist auf taktische Erfolge, doch die strukturelle Überlegenheit Russlands in Bezug auf Ressourcen, Mobilisierungspotenzial und Rüstungsproduktion bleibt ein entscheidender Faktor.

Gleichzeitig hat sich der Konflikt in einen umfassenden Systemkonflikt zwischen Russland und dem Westen verwandelt. Sanktionen, Energiepolitik, Rüstungsanstrengungen und geopolitische Allianzen sind Teil eines neuen strategischen Normalzustands geworden. Der Krieg ist damit nicht nur ein regionaler Territorialkonflikt, sondern ein Kristallisationspunkt globaler Machtverschiebungen.



Die „Koalition der Willigen“ und das diplomatische Patt

Macrons Äußerungen fielen im Rahmen einer informellen Plattform westlicher Staats- und Regierungschefs, die sich als „Koalition der Willigen“ konstituiert hat. Ziel dieses Formats ist die engere Abstimmung politischer und militärischer Unterstützung für die Ukraine. Anders als formale Bündnisse wie die NATO erlaubt diese Struktur flexible Initiativen, ohne institutionelle Bindungen zu erzwingen.

Parallel dazu bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der Group of Seven (G7) anlässlich des Jahrestages ihre „unerschütterliche Unterstützung“ für Kiew. Sie kombinierten Appelle an Moskau, ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen, mit der Ankündigung, Sanktionen aufrechtzuerhalten und militärische Hilfe fortzusetzen.

Doch trotz zahlreicher Gesprächsformate – ob in Genf, in digitalen Konsultationen oder im Rahmen multilateraler Initiativen – ist es bislang weder zu einem belastbaren Waffenstillstand noch zu substanziellen Annäherungen gekommen. Diplomaten sprechen hinter vorgehaltener Hand von Gesprächen, die eher symbolischen Charakter tragen. Das zentrale Problem bleibt unverändert: Die Positionen beider Seiten liegen in Kernfragen – territoriale Integrität, Sicherheitsgarantien, Zukunft der besetzten Gebiete – weit auseinander.

Warum Macron zweifelt: Drei strukturelle Faktoren

Macrons Skepsis speist sich aus mehreren, strukturellen Beobachtungen.

Erstens: fehlende russische Konzessionsbereitschaft.

Moskau betont weiterhin, die eigenen „militärischen Ziele“ seien noch nicht erreicht. Offizielle Verlautbarungen aus dem Kreml lassen keinen Hinweis auf eine grundlegende strategische Neubewertung erkennen. Ein Rückzug aus besetzten Gebieten oder ein Verzicht auf territoriale Ansprüche steht derzeit nicht zur Debatte. Solange diese Maximalpositionen aufrechterhalten werden, bleiben echte Verhandlungen unwahrscheinlich.

Zweitens: ein eingefrorenes diplomatisches Umfeld.

Verhandlungen setzen minimale Vertrauensgrundlagen voraus. Diese sind im aktuellen Kontext kaum vorhanden. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Vertragsbrüche, Eskalationen und mangelnde Ernsthaftigkeit vor. Vermittlungsversuche durch Drittstaaten haben bislang keine durchschlagende Wirkung entfaltet. Das Resultat ist ein diplomatisches Patt, das eher



von Schadensbegrenzung als von Fortschritt geprägt ist.

Drittens: westliche Solidarität mit Rissen.

Zwar bekräftigen EU- und G7-Staaten regelmäßig ihre Unterstützung für die Ukraine. Doch hinter der demonstrativen Einigkeit verbergen sich Differenzen. Debatten über die Höhe und Dauer finanzieller Hilfen, über Waffenlieferungen bestimmter Reichweite oder über die Ausgestaltung von Sanktionen zeigen, dass nationale Interessen und innenpolitische Zwänge eine Rolle spielen. In einigen Ländern wächst die kriegsmüde Öffentlichkeit, in anderen gewinnen populistische Kräfte an Einfluss, die eine Kurskorrektur fordern.

Macrons Ruf nach „politischem Realismus“ ist daher weniger Ausdruck von Resignation als von Erwartungsmanagement. Diplomatie bleibt notwendig – aber sie darf nicht mit Illusionen über ihre kurzfristige Wirksamkeit überfrachtet werden.

Strategische Geduld oder schleichende Eskalation?

Die zentrale Frage lautet nun: Steuert der Krieg auf eine Phase strategischer Geduld zu – oder auf neue Eskalationsrisiken?

Die westliche Strategie kombiniert drei Elemente: ökonomischer Druck auf Russland durch Sanktionen, kontinuierliche militärische Unterstützung für die Ukraine sowie Offenhaltung diplomatischer Kanäle. Ziel ist es, Moskau langfristig zu Zugeständnissen zu bewegen, ohne eine direkte Konfrontation zwischen Russland und der NATO zu riskieren.

Doch dieser Ansatz ist mit Unsicherheiten behaftet. Sanktionen zeigen Wirkung, doch sie haben Russlands Kriegsfähigkeit bislang nicht entscheidend gebrochen. Gleichzeitig belastet der Krieg Europas Sicherheitsarchitektur dauerhaft. Verteidigungsausgaben steigen, energiepolitische Abhängigkeiten wurden neu justiert, und die geopolitische Fragmentierung vertieft sich.

Historisch betrachtet sind langwierige Abnutzungskriege selten durch plötzliche diplomatische Durchbrüche beendet worden. Häufig gehen ihnen militärische oder innenpolitische Verschiebungen voraus, die das Kosten-Nutzen-Kalkül einer Konfliktpartei grundlegend verändern. Ob und wann ein solcher Wendepunkt erreicht wird, bleibt offen.

Macrons Worte markieren somit einen Moment strategischer Ehrlichkeit. Vier Jahre nach Kriegsbeginn ist klar: Der Konflikt wird nicht durch symbolische Gipfeltreffen oder



wohlformulierte Kommuniqués beendet werden. Er verlangt Ausdauer, Ressourcen und eine nüchterne Einschätzung der Machtverhältnisse. Die politische Herausforderung besteht darin, Unterstützung und Abschreckung so zu kalibrieren, dass weder ein erzwungener Diktatfrieden noch eine unkontrollierte Eskalation die Oberhand gewinnen. Europas Sicherheitsordnung bleibt damit auf absehbare Zeit im Ausnahmezustand.

Von P. Tiko